

8 Uhr
r's
ppe
rück.)
D
itung.
cht ich
Am
vielen
handlg.
uar
ar
=
e.
tag
pe
inen
sch.
am
1 Uhr
wie
wie
en auch
erkauf.
nen Zutritt
itwe
Calm.
ine
balb" :.
r 946.

Ergebniszweller
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen 8 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige
Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.
Für Plakatschriften kann keine Gewähr übernommen werden.
Gerichtsstand für beide Teile ist Calw.



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld.
Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.
In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprecher Nr. 9.
Verantwortliche Schriftleitung: Friedrich Hans Schwelke.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Die Wandlung Herriots.

Das Echo der Hegrede. Herriot der Ueberpoincaré.

Paris, 29. Jan. Nach seiner gestrigen Rede wurde Herriot in den Wandelgängen der Kammer, wie der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“ hört, der Ehrentitel eines Ueberpoincaré zuerkannt, den der Ministerpräsident sich durch seine geistige Rede, durchaus verdiente. Wenn er die Absicht hatte, sich die Gunst der Rechten mit seiner geistigen Ansprache zu erwerben, so ist ihm dies vollauf geglückt.

So uneingeschränkte Begeisterung über Herriot herrschte seit Mitte Juni, als er die Ministerpräsidentenschaft antrat, nicht mehr in den Spalten der Pariser Presse, wobei von den regierungsfreundlichen Blättern vollkommen abgesehen werden kann. Es genügt, vor den Blättern der Rechten, die Herriot in der stärksten Weise bekämpft und sogar beschimpft hatten, einige anzuführen, um zu zeigen, welche Wendung sich gestern vor aller Welt in dem Ministerpräsidenten vollzog.

das heißt, eine Wandlung, die er innerlich bereits seit einigen Monaten vorbereitet hatte und die er nunmehr öffentlich bekannnt hat. Der „Figaro“ jubelt, daß Herriot endlich seine Pflicht begriffen habe. Er habe ein „müdiges Schuldbekenntnis“ abgelegt, sodas man seine Irrtümer vergessen könne, weil man desto mehr seinen Wortsinn bewundern wolle, diese Irrtümer wieder gutzumachen. Gestern sei die französische Einigkeit wiederhergestellt worden: Die wunderbare Rede werde nicht nur ein parlamentarisches Kabinettstück bleiben.

Nunmehr müsse eine Politik verfolgt werden, die der Poincaré's gleiche.

Das „Echo de Paris“, der heftigste Gegner Herriots, erkennt an, daß er gestern besser inspiriert gewesen sei, daß er gestern eine Rede ohne den Sozialisten Blum gehalten habe, das sei eine Rede Poincaré's. Auch das „Echo de Paris“ will Herriot seine Vergangenheit verzeihen, den Preis, daß er seine ganze Vergangenheit ständig, was die heilige Einigkeit, die sich gestern in der Kammer gezeigt habe, weiterhin bestehen bleibe. Der „Clair“ hat den Eindruck, daß man die großen Tage von August 1914 wieder durchlebe.

Herriot habe seine Irrtümer spät wahrgenommen, insbesondere habe er erst spät erkannt, daß man nichts dabei gewinne, wenn man Deutschland schone. Aber er habe eine durchaus nationale Rede gehalten und deshalb sei kein Anlaß mehr an seine Vergangenheit zu erinnern, weil man einen Gegner, der sich dem Bloc national näherte, nicht beleidigen wolle. Allerdings müsse man fragen, was Herriot jetzt tun wolle, um Deutschland zur Vernunft zu bringen. (1)

Wohl bleibe er in Köln, aber das allein genüge nicht.

Auch dieses Blatt erklärt, daß die Rede von Poincaré hätte gehalten werden können. Aber dann hätte sie nicht den Erfolg gehabt, wie gerade jetzt, da Herriot sie hielt. Der „Avenir“ erklärt ebenfalls, daß man einer Rede Poincaré's angewohnt habe, und stellt bereits die Frage, ob man vor der Bildung eines neuen Bloc national stehe. In Herriot dürfe man nicht nur eine Persönlichkeit, sondern zwei oder drei erblicken. Jedenfalls sei aber der Herriot dem man gestern Beifall klatschte, nicht der schlechteste von allen.

Der „Figaro“ stellt übrigens noch fest, daß einige Sozialisten mit der Rede unzufrieden gewesen seien. Ihr Korrespondent kann hinzufügen, daß dazu vor allem Renaudel gehört, aber Paul Boncour war natürlich begeistert. Leon Blum hatte der Sitzung nicht beigewohnt. Selbstverständlich kamte er den Inhalt der Rede des Ministerpräsidenten vorher und da er anscheinend nicht so sehr bereit ist, alles zu verleugnen, was er bisher getan hat, zog er es schamhaft vor fernzubleiben. Aber die große Frage wird sich nunmehr ergeben, ob Léon Blum Herriot nach dieser Rede weiter treue Gefolgschaft leisten kann wie bisher und ob man nicht jetzt vor einer vollkommenen Umgestaltung der Mehrheit in der französischen Kammer steht. Gestern war die Rechte mit Herriot außerordentlich zufrieden und der General Saint Just, der auf der äußersten Rechten ist, gab immer wieder das Zeichen zum Beifall. Allerdings wird ja noch bei der Einzelberatung des Budgets für auswärtige Angelegenheiten das Kapitel 9 bei, die Botschaft

beim Basitan, zu besprechen sein, und bei dieser Gelegenheit wird möglicherweise die Rechte von Herriot wieder abstimmen, wenn sie sich nicht sagen sollte, daß sie allen Anlaß habe, dem Ministerpräsidenten einige innerpolitische Kapitulation zu verzeihen, nachdem er außenpolitisch so sehr in das handsinnliche Horn gestochen hat.

Die „Daily Mail“ behauptet, daß Herriot der Schlachbericht der internationalen Militärkontrollkommission vorgelegen habe. Herriot sei demselben Blatt zufolge über die deutsche „Hartnäckigkeit“ bei den Handelsvertragsverhandlungen erbittert gewesen, und verschiedene Geheimberichte französischer diplomatischer Agenten im Ausland hätten ebenfalls zu seiner Erregung beigetragen. Aber die Hauptursache der Rede Herriots wird wohl darin gelegen haben, daß er neuerlich den Alliierten und den Amerikanern nachweisen wollte, wie „gefährlich“ (1) Deutschland sei, und daß infolgedessen Frankreich Bestand gelistet werden müsse. Ob Herriot klug beraten war, seine Ueberpoincaré'sche Rede zu halten, wird er mit sich selbst abzumachen haben.

Herriots Kammerrede öffentlich angeschlagen.

Paris, 29. Jan. In der französischen Kammer wurde heute nachmittag über den Antrag, die Rede Herriots öffentlich anzuschlagen, abgestimmt. Der Antrag wurde mit 341 gegen 32 Stimmen angenommen. Der Ministerpräsident bemerkte, daß seine geistige Rede als ein Apell an sämtliche Demokraten vor allem auch an die Deutsche Demokratie, aufzufassen sei und daß es falsch wäre, seine Rede für eine Polemik in der französischen Presse zu verwenden.

Der Kanzler wird antworten.

Berlin, 29. Jan. Reichskanzler Dr. Luther wird morgen abends beim Empfang der ausländischen Presse Gelegenheit nehmen, eingehend auf die Rede des französischen Ministerpräsidenten Herriot in der Kammer zu antworten. Der Reichskanzler hätte es lieber gesehen, wenn er vor dem Plenum des Reichstages die Antwort hätte erteilen können. Da der Reichstag erst am 3. Februar zusammentritt, wird der Reichskanzler die nächste sich bietende Gelegenheit nehmen. Die Antwort wird sachlich und würdig sein, bei aller Entschiedenheit in der Zurückweisung der ungerechten Vorwürfe.

Die gestrige Rede des französischen Ministerpräsidenten hat in Berlin großes Aufsehen erregt. Man weiß darauf hin, daß trotz ihres provozierenden Charakters Ruhe und Sachlichkeit auch weiterhin geboten ist. Da der genaue Wortlaut der Rede noch nicht vorliegt, ist eine amtliche Stellungnahme heute noch nicht möglich. Man darf aber annehmen, daß der Reichskanzler morgen, anläßlich des Empfangs der ausländischen Presse, den Anschuldigungen Herriots mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird. Was Herriot über die Kriegsschuld gesagt hat, so kann als selbstverständlich gelten, daß der Reichskanzler, unter Betonung der Gültigkeit der Verträge und ihrer weiteren Innehaltung, den vom ganzen Volk als schweres Unrecht empfundenen Vorwurf der Schuld am Kriege zurückweisen wird. Was die angeblichen Verfehlungen angeht, die Deutschland in der Entwaffnungsfrage sich habe zuschulden kommen lassen, so darf festgestellt werden, daß Herriot nicht fair gehandelt hat, wenn er Material diszierte, das der Gegenseite nicht bekannt ist. Wenn er zur Diskussion dieses Themas auffordert, dann ist es selbstverständlich, daß das Material hierfür der Gegenseite bekannt und der gesamten Öffentlichkeit zugänglich gemacht sein muß. Nichts anderes ist von deutscher Seite immer wieder gefordert worden. Zur Beilegung der Streitpunkte dürfte die in London mit Erfolg angewandte Methode der offenen und freundschaftlichen Verhandlungen besser zum Ziele führen, als einseitige poincaré'sche Tiraden.

Die Handelsvertragskrise.

Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 29. Jan. Da Staatssekretär von Trendelenburg heute Abend in Berlin eintrifft, wird sich das Reichskabinett am Freitag vormittag mit den Pariser Wirtschaftsverhandlungen beschäftigen. Gegenstand der Beratungen wird insbesondere die Note Reynaldis sein, die sämtlich nennenswerte Zugeständnisse ablehnt und die deutschen Waren einer differenzierten Behandlung bei der Verzollung unterwerfen wissen will. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kabinett sich mit dem französischen Vorschlag einer zehnjährigen Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen befassen wird, zumal man sowohl in amtlichen wie auch in wirtschaftlichen Kreisen sich keineswegs Verständigung mehr verspricht. Sollte das Kabinett nach Anhören des Berichtes Trendelenburgs zu der Auffassung kommen, daß eine Fortsetzung der Verhandlungen

unzweckmäßig erscheint, daß es also das Beste sei, den französischen Unterbrechungsvorschlag zu akzeptieren, dann darf wohl damit gerechnet werden, daß Trendelenburg noch einmal nach Paris zurückkehrt, um mit Reynaldi den Termin für die Wiederaufnahme neuer Verhandlungen festzusetzen, aber auch Bindungen darüber zu verlangen, daß Frankreich sich während dieser Zwischenzeit ebenso wie Deutschland jeglicher wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen enthält.

Beantwortung der französischen Note bis Montag.

Paris, 29. Jan. Vor seiner Abreise aus Paris verständigte Staatssekretär Trendelenburg den französischen Handelsminister Reynaldi, daß er ihm aus Berlin bis zum nächsten Montag eine Antwort auf seine letzte Note zugehen lassen werde.

Die Berliner Berichterstatter der Pariser Blätter veröffentlichten über die Absicht Deutschlands bei den Handelsvertragsverhandlungen sehr widersprechende Nachrichten.

Neueste Nachrichten.

Reichskanzler Dr. Luther wird Freitag abends beim Empfang der ausländischen Pressevertreter auf die Rede Herriots antworten.

Herriots Kammerrede hat den Beifall der ganzen handelspolitischen Presse gefunden. Er wird als zweiter Poincaré bezeichnet.

Die französische Kammer beschloß mit 341 gegen 32 Stimmen den öffentlichen Anschlag der Rede Herriots.

Staatssekretär Trendelenburg wird heute vormittag in einer Kabinettsitzung über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen Bericht erstatten.

Die preussische Regierung ist auf dem toten Punkt angelangt. Eine Verschiebung der Wahl des Ministerpräsidenten um drei Tage ist wahrscheinlich.

Die gestern vorgenommene heftige Staatspräsidentenwahl verlief ergebnislos, da keiner der Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit erreichte.

Der Berichterstatter des „Journal“ glaubt an eine Unterbrechung der Verhandlungen für mehrere Monate. Deutschland wolle die Verantwortung hierfür Frankreich zuschreiben. Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ glaubt, daß Staatssekretär Trendelenburg wieder nach Paris kommen werde. Die Verhandlungen wären bereits vor mehreren Tagen abgebrochen worden, wenn die neue Regierung nicht Zucht gehabt hätte, die Verantwortung für diese Handlung zu übernehmen. (1) Der Berichterstatter behauptet, daß Frankreich Deutschland neue Zugeständnisse gemacht habe, was durchaus unrichtig ist. Deutschland wolle keinen Handelsvertrag abschließen. Nach der Ruhrbesetzung sei es nur zu glücklich, um einen Teil seiner „Revanche“ ausüben zu können. Insbesondere wolle Deutschland die Unzufriedenheit in Elsaß-Lothringen zu erregen, weil dessen Industrie eines wichtigen Absatzgebietes beraubt sei.

Die Spigenverbände der Wirtschaft gegen eine höhere Aufwertung.

Berlin, 29. Jan. Am 28. Januar 1925 sind die Spitzenverbände der Landwirtschaft, der Industrie, des Großhandels, des Einzelhandels, der Schifffahrt, des Handwerks und des Bankwesens bei dem Reichswirtschaftsminister vorstellig geworden, um dessen Aufmerksamkeit auf die wirtschafts- und währungsrechtlichen Wirkungen zu lenken, die sich aus einer über die dritte Stenemotvorordnung hinausgehenden Aufwertung von Hypotheken, Industriebankobligationen und sonstigen privaten Forderungen sowie auch der unvollständigen Erweiterung des Kreises der aufwertungsfähigen Privatforderungen ergeben müßte. Unter Zustimmung des Vertreters des Reichsbanddirektoriums wurde von allen Verbänden betont, daß eine Erweiterung der Aufwertung die Grundlage der Währungsstabilisierung sowie die in den Goldbilanzen vorhandenen Unterlagen des Kredits der Wirtschaft im In- und Auslande ernstlich gefährden müßte und daß im weiteren Verfolg solcher Maßnahmen die Steuerkraft der Bevölkerung vor unerfüllbare Ansprüche gestellt wird. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Aufwertungsmöglichkeit für die meisten der hier in Betracht kommenden Rechtsverhältnisse an der für den Schuldner bestehenden rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Unmöglichkeit scheitern müßte, von seinen privatrechtlichen oder öffentlichrechtlichen Schuldnern Aufwertung zu erlangen. Die Verbände stellten die Forderung, daß dieser Gegenstand ausschließlich vom Standpunkt der Interessen der Gesamtwirtschaft und der Gesamtbevölkerung behandelt wird. Sie verlangten ferner alsbaldige Schaffung einer klaren, alle Zweifel ausschließenden, Rechtslage, die diese Verhältnisse den Zufälligkeiten des richterlichen Ermessens im Einzelnen entzieht und namentlich davon abzieht, durch rückwirkendes Eingreifen in erledigte und abgewandelte Schuldverhältnisse Verwirrung und Unordnung in das gesamte Wirtschaftsleben zu tragen. Bei einer solchen Regelung muß, nach der Überzeugung der vertretenen Verbände an der Grundlage der dritten Stenemotvorordnung unter allen Umständen festgehalten werden. Die Verbände richteten an den Reichswirtschaftsminister die Bitte, dem Reichstag ihren Wunsch zu übermitteln zur Vertretung ihrer Auffassung vor dem Aufwertungsausschuß des Reichstages Gelegenheit zu erhalten.

Kleine politische Nachrichten.

Noch keine Entscheidung des Zentrums.
Berlin, 29. Jan. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags beschäftigte sich auch am Nachmittag noch mit der durch den Rücktritt des Kabinetts geschaffenen Lage und erörterte eingehend die Frage der Regierungsneubildung. Die Aussprache konnte nicht beendet werden, da nicht alle Mitglieder anwesend waren. Die Abstimmung über eine Entschließung, die noch vorbereitet wird, konnte wegen des Fehlens von 12 Mitgliedern heute noch nicht stattfinden und wird erst am Freitag erfolgen. Die anderen Fraktionen des Landtags kamen ebenfalls noch zu keinem Entschluß, da ihre endgültige Stellungnahme von der Haltung der Zentrumsfraktion abhängt. In den späten Abendstunden war noch eine interfraktionelle Besprechung zwischen Zentrum Sozialdemokraten und Demokraten vorgesehen.

Briand bezieht Berechnungsstellung

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Paris, Ende Januar. Der 22. Januar war es. Da flog der verhängnisvolle Pfeil durch die stürmische Budgetkammer der französischen Kammer: Briand trennte sich in der Frage der Botschaft beim Vatikan von der Mehrheit und von dem Ministerpräsidenten, der ihn durch die Zuteilung der Ehrenstellung, Frankreichs Vertreter im Völkerbund zu sein, hatte teils belohnen, teils verpflichten wollen. Briand war lange stille gewesen, auch nach dem 11. Mai. Er ließ sich der Mehrheit der neuen Kammer zuwenden und stand in ihrem Kreise, wie vorher, bei den „republikanischen Sozialisten“, also in der Mitte, aber in der linken Mitte. Er soll schon damals mit dem siegestrunkenen Vorgehen der radikalen und sozialistischen Meute, die die Führer forttrieb, nicht einverstanden gewesen sein und sich in den Bewegungen diskret, aber bissig darüber geäußert haben, obwohl es gegen seinen intimen Gegner, Millerand, ging. Briand hat dann die Amnestie-debatte benutzt, um einen unvermuteten, zielficher berechneten Stoß gegen Poincaré zu führen, den großen Tugendhelden, der es all die Jahre her in seiner eiteln Erbärmlichkeit gelitten hatte, daß ein ehemaliger Minister für Handlungen, die er mit Wissen des Kabinetts und auf Betreiben des damaligen Staatsschefs Poincaré begangen hatte, mit dem Verdacht des Hochverrats beladen und in die Verbannung gestochen worden war. Damit war der ganz seltene Fall eingetreten, daß dem „großen Lothringer“ etwas in die Quere kam, wofür er nicht im Voraus die Antwort, die Gegendokumente, in seinen rabulistischen Advokatenoffizieren bereit hatte. Gegen die Amnestie für Maloy und Caillaux hatte Poincaré im Senat ankämpfen wollen; nun mußte er froh sein, daß er sie durchgehen lassen und Größeres damit zudecken konnte, das Wiederaufnahmeverfahren jenes Hochverratsprozesses, das Maloy verlangte und Briand befürwortete. Nachdem Herriot einst seine Programmrede mit der Ankündigung gehalten hatte, die Vatikanische Botschaft aufzuheben, soll Briand gesagt haben, Herriot verspreche etwas, wofür er keine Mehrheit erhalten könne. Und nun hat er für die Beibehaltung der diplomatischen Vertretung Frankreichs beim Papste sich und seine ganze, seltene Beredsamkeit eingesetzt.

Das ist Briand. Er reckt sich auf seine Art, um nach den Zügen zu greifen. Das ist der 22. Januar. Der Anfang vom Ende der radikalen und sozialistischen Blockherrschaft. Dem ehrlichen Vorkämpfer einer politischen Lehre und Partei wird ein Halt zugerufen von dem nüchternen Betrachter der Wirklichkeit, dem geschickten Verknüpfer der Fäden, die ohne Rücksicht auf die Parteien und ihre Lehren zwischen den Menschen hin und her laufen, die neben den Mächten der Beherrschung auf Standpunkten die Kräfte der Bewegung auf Entwicklungslinien schaffen, weil sie Sympathien und Umgruppierungen begründen. Die dynamische Auffassung der Politik siegt stets über die statische, weil sie ihr innerlich überlegen, weil sie dem Leben angemessener ist. Deshalb ist Briands Rede der Fingstoch für Herriot. Das Stichwort ist gefallen, der Nachfolger steht in der Kulisse.

Aber der Spieler auf der Bühne hat noch nicht ausgesprochen. Denn Herriot liegt grundsätzlich fest auf seinen Versprechungen, auf seinem Programm. Entweder blieb er dabei, dann ist eine entscheidende Auseinandersetzung mit den beiden kleinen, aber als Zünglein an der Waage unentbehrlichen rechten Flügelgruppen des Blockes, den Gruppen um Briand und Loucheur, unvermeidlich.

Und Briand hat jetzt nicht dafür gesprochen, um acht Tage später seinen feierlichen Worten selbst untreu zu werden. Oder Herriot tat, was seine persönliche bessere Einsicht ihn im Gegensatz zur Meute der Gläubigen des Parteidogmas vielleicht seit einiger Zeit schon tun heißt, und lenkte ein, vertagte die Durchführung des antikerikalen Programmpunktes auf die hierfür geeignetere Zeit, nämlich ad kalendas graecas. Nun —, dann begann eben trotz der Fortdauer der alten Namen dennoch eine neue Politik.

Herriot hat sich für den ersteren Weg entschieden. Von der parlamentarischen Mitte her hat es in der letzten Zeit nicht gefehlt an Lockungen zum Einlenken zur Mäßigung, und selbst die entschieden der Blockpolitik ergebene „Ere nouvelle“, die als Wegbereiterin des Wahlsieges vom 11. Mai viel geleistet hat, schrieb einmal das Wort Transaktion, Verhandeln. Die Taktik der Rechten war sehr einfach und zugleich sehr geschickt. Man verunglimpft die Minister und zog ehrenwerte Namen wie den Herriots selbst und den seines Unterrichtsministers Francois Albert in den Ruf. Man hintertrieb ihr Schaffen mit allen Mitteln und schalt dann sie, daß sie nichts könnten. Man verbreitete Panikstimmung im ganzen Lande, die sich steigerte bis zu den schlimmsten Erwartungen über Vermögensbesteuerung und Kapitalkonfiskation, man beschwor den blutigen „Mann mit dem Messer zwischen den Zähnen“, den Volkswirtschaftsreck und ging soweit, daß der biedere Pariser Bürger zuerst auf Weihnachten, dann auf Neujahr bestimmt den Ausbruch der roten Revolution erwartete. Die katholische Protestpropaganda gegen die Laiengesetze durchzog unter elfässischer Inspiration und unter Führung des Generals Castelnau das ganze Land. Millerand gründete seine Liga und — die Linke gab nach. Sie behauptet zwar noch immer zu wissen, wo das Geld ist für die Steuern, die der Staat braucht, aber die Steuerparagrafen im neuen Budgetgesetz verraten alles andere eher als den Willen, von dieser Wissenschaft praktischen Gebrauch zu machen. Nun begann die Debatte über den Etat des Außenministeriums, die persönliche Auseinandersetzung mit Herriot. Nun kam es auf den Versuch an, ob er müde gemorden sei. Daher die Sirenenklänge von Einlenken und Mäßigung in der Presse der Rechten. Daher die Weitergabe dieser Klänge in einem Teil der Presse der Linken, wo man den Sinn für die Realitäten und ihre Wandlungen hat. Daher die Rede Briands....

Um weitere Folgerungen zu ziehen, ist es noch zu früh. Man muß erst noch die Tatsachen etwas weiter sprechen lassen, bevor man über die Tatsachen zu sprechen beginnt. Aber lange wird man nicht mehr zu warten haben.

Der Fall Preußen.

Was sich in Preußen jetzt abspielt, ist in Wahrheit nichts anderes als ein zähes Ringen um den Verwaltungsapparat des größten deutschen Landes. Die Exekutive liegt ja auch heute noch auf den wichtigsten Gebieten der inneren Politik, der Handhabung von Verwaltung und Polizei, bei den Ländern. Die Uebernahme der Verantwortung im Reich bedeutet für die daran beteiligten Parteien schon bei der außenpolitischen Zwangslage viel mehr eine undankbare Last, denn eine wirkliche Machtposition, während bei den Ländern und in erster Linie natürlich bei dem größten Land Verantwortungslast und Machtposition immerhin die Waage halten. Daher das Hineinspielen der Preußenfrage in alle Regierungskrisen im Reich, wie es die Deutschnationalen bis zuletzt immer wieder besorgt haben. Für sie geht es vor allem darum, die von ihnen ehemals ausschließlich beherrschte Domäne Preußen wieder zu erobern. Und für die Sozialdemokraten geht es umgekehrt darum, den entscheidenden Anteil an der Macht in Preußen, den sie seit sechs Jahren besitzen, weiterhin zu behaupten.

Dieser Kampf um die Macht in Preußen ist nach siebenwöchentlichem politischen und parlamentarischen Ringen in seinem ersten Teil abgeschlossen; das Kabinett Braun-Severing ist gestürzt. Der zweite, vermutlich noch viel schwierigere Teil des Kampfes, die Bildung eines neuen Kabinetts, beginnt erst.

Bei der Bedeutung dieses Machtkampfes sind Auswüchse und Exzesse im einzelnen zwar nicht zu entziffern, wohl aber zu begreifen. Sie kritisch zu würdigen, ist jedoch nicht nur wegen der Bedeutung dieses Machtkampfes für das ganze Reich, sondern auch deshalb vonnöten, weil die Art, wie der Kampf geführt wurde, an die Wurzel des verfassungsmäßig für das Reich und alle Länder festgelegten parlamentarisch-demokratischen Systems rührt.

Zunächst: wie kam es? In Preußen übernahm, wie im Reich und in fast allen Ländern, nach der Wahl der Konstituante im Frühjahr 1919 die sogenannte Weimarer Koalition (Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum) die Regierung. Als die Neuwahlen zum Landtag im Frühjahr 1921 der Regierungskoalition nur eine ganz schwache Mehrheit brachten, forderten die bürgerlichen Regierungsparteien die Bildung der sogenannten Großen Koalition, d. h. die Zuziehung der Deutschen Volkspartei. Die Sozialdemokraten waren damals noch nicht reif für die Große Koalition und so kam auf ein halbes Jahr das Uebergangskabinett Stegerwald, das, aus Parlamentariern des Zentrums und der Demokraten, sowie einigen Beamtenministern bestehend, sich der wohlwollenden Unterstützung der Rechten erfreute. Bis zum Herbst hatte aber die sozialdemokratische Parteileitung in Erkenntnis der Bedeutung des preußischen Machtfaktors die Widerstände gegen die Große Koalition in den eigenen Reihen niedergezogen und so bestand also seit dem November 1921 die Regierung der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun. Damals noch ein zweifelhaftes „Experiment“, hat die Große Koalition, das kann auch heute nicht geleugnet werden, in Preußen ihre Feuerprobe bestanden. Das Zusammenarbeiten in Kabinett und Koalition war im wesentlichen reibungslos und es hat Preußen drei Jahre lang vor parlamentarischen Krisen und außerparlamentarischen Erschütterungen aller Art bewahrt. Alle Parteien der Großen Koalition einschließlich der Deutschen Volkspartei bekennen sich auch heute noch zu dieser Politik. Trotzdem ist die Koalition und ihr Kabinett jetzt unter den erbittertesten Kämpfen in die Brüche gegangen.

Die Vorgänge im einzelnen bilden eine Kette von Absonderlichkeiten, die mit brutaler Offenheit demonstrieren, wie die herrschende Volks- und Parteipartikulation ein an sich unkompliziertes Regierungssystem künstlich komplizieren und weit wirksamer sabotieren kann als zum Beispiel alle bemühten Sabotageakte der Kommunisten. Also: ein erster Leitsatz praktischer Regierungskunst ist doch der, daß eine Regierung solange arbeitet und im Amte bleibt, als sie in sich und mit den übrigen Repräsentanten der Staatsgewalt (im gegebenen Fall: mit der Mehrheit des Landtags) über die zu befolgende Politik im wesentlichen einig ist. Das war auch nach den Neuwahlen vom 7. Dezember 1924 der Fall, denn 1. haben sie der Großen Koalition eine, wenn auch geschwächte, so doch immer noch beträchtliche Mehrheit gebracht, 2. bekennen sich mit dem Kabinett alle Koalitionsparteien ausdrücklich zur bisherigen Politik. Wenn nun die Deutsche Volkspartei doch ihre Forderung auf Rücktritt des Kabinetts und nach deren Ablehnung durch Zurückziehung ihrer beiden Minister Richter und Boelitz, schließlich durch ihren Uebergang zur schärfsten Opposition gegen das Kumpfkabinett die Große Koalition geprengt hat, so hat sie ohne Zweifel gegen den eben aufgestellten Leitsatz verstoßen und ihr Vorgehen ist umso gefährlicher, als sie aus sich selbst heraus nur die Kraft hat, das bisherige System zu stützen, aber nicht ein neues auszurichten. Immerhin kann sie mit Recht darauf hinweisen, daß der außerordentliche Mandatszuwachs der Deutschnationalen nicht auf die Dauer unberücksichtigt bleiben darf und daß gerade die demokratisch-parlamentarischen Grundsätze eine Beachtung dieser Wandlung des Wählerwillens erfordern. Freilich ist die Zuziehung der Deutschnationalen praktisch nicht denkbar ohne einen nicht unberücksichtigen Systemwechsel und in der Praxis müßte die Deutsche Volkspartei die Konsequenz ziehen, diesen Systemwechsel in Kauf zu nehmen, auch wenn sie sich gleichzeitig zum bisherigen, von ihr mitverantworteten System bekennt.

Nun kommen aber die Absonderlichkeiten der Gegenseite: Die Sozialdemokraten, die nach ihrem Auscheiden aus der Großen Koalition im Reich vor 1 1/2 Jahren sofort das Kumpfkabinett Stresemann im Reichstag gestürzt haben, wollten jetzt im analogen Fall das Kumpfkabinett Braun mit allen Mitteln halten. Daß sie jetzt dasselbe taten, wie seinerzeit Stresemann, mag hingehen, auch wenn es von ihrem Standpunkt aus inkonsequent war. Unbegreiflich aber bleibt ihr und der Kumpfkombi krampfhaftes Bemühen, einer für sie ungünstigen Entscheidung des Parlaments auszuweichen. Die Berufung auf jenen Unglücks-

paragrafen der Verfassung, wonach Mißtrauensvotum gegen das Kabinett zu ihrer Annahme nicht etwa nur der Zustimmung der Mehrheit der Anwesenden, sondern der Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl bedürfen, war doch von vornherein ein aussichtsloses Beginnen. Gewiß: Die Opposition konnte, da einige Kommunisten in Haft sind, die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl für ein Mißtrauensvotum nicht aufbringen. Aber das änderte doch nichts an der Tatsache, daß ein Mißtrauensvotum eine einfache Mehrheit, ein Vertrauensvotum keine Mehrheit finden würde. Und jener Unglücksparagraf, der wahrscheinlich nur als (überflüssige) Schutzbestimmung gegen Entscheidungen einer Zufallsmehrheit gedacht war, konnte doch niemals den ganz wesentlichen Grundsatz des demokratischen Systems, daß die Regierung des Vertrauens des Parlaments bedarf, außer Wirksamkeit setzen. Statt also nun die Entscheidung nach unverfälscht demokratischem Prinzip zu erwarten und hinzunehmen, dann aber auch der Opposition die Verantwortung für alles weitere zuzuschieben, verbiß man sich törichterweise auf jenen Unglücksparagrafen und tat so, als ob man auch ohne Mehrheit und ohne Vertrauen weiterregieren würde. Aber nicht genug damit: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend immer Böses muß gebären“. Jetzt war den Deutschnationalen wieder jedes Mittel recht, sie brachten ein „Vertrauensvotum“ ein, natürlich um es zu Fall zu bringen und so zu dokumentieren, daß die Regierung kein Vertrauen hat. Ist das Einreichen solcher Unsitten schon wie ein Hohn auf das parlamentarische System, so suchte ihn die Kumpfkombi möglichst noch zu übertrumpfen durch den Versuch, die Beschlußfähigkeit des Hauses herbeizuführen und so die unaufhaltsame Entscheidung — um einige Tage zu verzögern. Das konnte ihr indes nur gelingen, wenn alle ihre Mitglieder den Saal verließen; der Präsident aber und die Schriftführer der Koalitionsparteien blieben da, um die Regie in der Hand zu behalten, stellten sich jedoch beim Namensaufruf „abwesend“. Also — ein Präsidium, das offiziell „abwesend“ ist, aber ebenso offiziell die Sitzung leitet — dieses Satyrspiel war wirklich nur der würdige Abschluß eines häßlichen Dramas.

Das Endergebnis: „Ablehnung“ des Mißtrauensvotums gegen das Gesamtkabinett mit — Stimmengleichheit; „Ablehnung“ der Mißtrauensvoten gegen die sozialistischen Minister, trotzdem 420 dafür und nur 418 bzw. 417 Abgeordnete dagegen stimmten, unter Berufung auf den ominösen Verfassungsparagrafen; Beschlußfähigkeit des Hauses bei der Abstimmung über das „heuchlerische“ Vertrauensvotum dank der präsidialen Komödie; also: großer Jubel und Triumph bei der Kumpfkombi; eine Stunde später: beginnender Kagenjammer dortselbst; weitere zwei Stunden später: Rücktritt des Kabinetts. — Das wäre billiger zu haben gewesen.

Nun kommt der Tragödie zweiter Teil! Der Kampf um die Macht in Preußen geht jetzt erst an, wo es an die Bildung des neuen Kabinetts geht. Die Deutschnationalen waren mit Hilfe der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und — der Kommunisten stark genug, die Sozialdemokraten aus dem Sattel zu heben. Aber nun wird — voraussichtlich die Lage umkehren: Die Sozialdemokraten sind mit Hilfe des Zentrums, der Demokraten und der — Kommunisten stark genug, die Deutschnationalen nicht in den Sattel zu lassen. Was also wird kommen? Das Zentrum hat die Entscheidung in der Hand. Hat es schon bisher, ohne Zweifel unter dem bestimmenden Einfluß alter Reminiszenzen, die Deutschnationalen nicht zu neuer maßgebender Stellung im Preußenkabinett gelangen lassen wollen, so wird es jetzt, nach den erbitterten Kämpfen der letzten Tage und Wochen, kaum mehr dafür zu haben sein. Vielleicht wird es sich nun selbst in den Sattel setzen und dann ist sowohl die Rechte wie die Linke um den eigentlichen Lohn des Kampfes betrogen. Aber selbst das ist zweifelhaft, weil ja auch die Mitte völlig auseinandermandriert ist. Wir fürchten also: Der Tragödie zweiter Teil wird sehr viel tragischer und auch aufreibender sein als der erste. Am Ende der Krise sehen wir — eine neue Krise und das Spiel kann wieder von neuem beginnen. Wie lange noch? Und auf wessen Kosten anders als auf die von Volk, Land und Reich? Ueberlegt man das auch auf allen Seiten?

Englands Sicherheitswünsche.

Berlin, 29. Jan. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus London: Seit einigen Wochen ist ein Meinungsaustrausch zwischen London, Paris und Brüssel über die Lösung der Sicherheitsfrage im Gange. Ein konservativer Militärfachverständiger, der Gelegenheit hatte, nicht nur den englischen, sondern auch den französischen u. belgischen Standpunkt kennen zu lernen, wies darauf hin, daß England den Besitz der Scheldelinie seitens einer befreundeten Macht und ein entmilitarisiertes Rheinland als ein wesentliches englisches Interesse betrachten müsse. Die englischen Militärfachverständigen seien überzeugt, daß Deutschland weder die Absicht habe, noch zurzeit imstande sei, einen Krieg gegen England oder gegen die von England für seine Sicherung für lebensnotwendig gehaltenen Positionen anzufangen. Da man jedoch nicht vorhersehen könne, wie stark die militärischen Einflüsse in Deutschland in 10 oder 20 Jahren werden könnten, halte man es auf englischer Seite für zweckmäßig, Deutschland auf diplomatischem Wege von denjenigen militärtechnischen Abmachungen Kenntnis zu geben, die England mit Frankreich und Belgien abschließen werde, um die Rhein-Schelde-Linie gegen militärische Angriffspläne vom Osten her zu sichern.



Kinderwagen & Sportwagen
in einfach bis hochstolz
Kindermöbel, Ruhestühle
Koffer und Leder-Waren
in gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei
Wilhelm Broß, Pforzheim
Ecke Zerronnenstr. und Baumstraße.

Gesucht werden:

- a) Männliche Personen:**
 1 20-25jähr. Ochsenknecht,
 1 20-25jähr. Knecht, der Langholz fahren kann,
 2 18-20jähr. Dienstknechte,
 2 20-25jähr. Dienstknechte,
 1 16-20jähr. Bursche für Landwirtschaft,
 1 20jähr. Hausbursche zur Aushilfe,
 1 20jähr. ehrl. Hilfsarbeiter,
 1 Aquisiteur (Kaufmann).
b) Weibliche Personen:
 9 landw. Dienstmägde, mehrere Heimarbeiterinnen auf Böden,
 4 14-18jähr. Mädchen als Baderinnen, mehrere Mädchen für Spinnerei,
 3 Mädchen die kochen können, für Gasthöfe,
 2 17-20jähr. Mädchen in Wirtschaften,
 1 Küchenmädchen,
 2 Zimmermädchen für Erholungsheim,
 1 Köchin für Erholungsheim,
 1 Mädchen das kochen kann für Erholungsheim,
 1 ehrl. gefittetes 20jähr. Mädchen,
 8 18-25jähr. Mädchen, die möbl. schon gedient haben,
 2 Kaufmädchen,
 1 Lehrmädchen (Polizei).
c) Lehrlinge
 in Lehrstellen verschiedener Berufe.
 Näheres

Arbeitsamt Calw
 Dienstadt
 Arbeitsnachweis,
 Bahnhofstr. 626, Tel. 174.

Fensterleder

in verschiedenen Größen empfiehlt billigst
Albert Wochele,
 Lederhandlung.

Habe einen Wurf schöne raffinerie

irische Gelter

(Hühnerhunde) zu verkaufen
 Gg. Calmbach, Altbürg.

Alzenberg.

Läufer-

schwein
 verkauft
Jakob Stoll.

Verkaufe am Lichtmessfeierstag ein schönes 1/2jähriges

Rindle

Joh. Calmbach,
 Alzenberg.

Pfannkuch & Co

Pfannkuchs

Kaffee-

Mischung

ungemahlen
 1/2 Bohnenkaffee und
 1/2 Malzkaffee
 als vorzüglich bekannt
 1/2 Pfund-Paket

45

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen

Stadtgemeinde Calw.

Vorschriften über die Vergnügungssteuer.

Nachstehend werden auszugsweise die vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltungen, sowie die wichtigsten Bestimmungen über die Anmelde- und Zahlungspflicht zur Kenntnis gebracht. Zur Beachtung wird dringend aufgefordert.

a) Als steuerpflichtige Vergnügungen gelten alle Veranstaltungen, die in irgend einer Art unterhalten oder ergehen, gleichviel ob ein Eintrittsgeld erhoben wird oder nicht, ob die Veranstaltungen zugleich erbauend, belehrend, erziehend oder anderen Zwecken dienen, oder ob die Ablicht besteht, eine Vergnügung zu machen.

Es unterliegen der Vergnügungssteuer beispielsweise die folgenden Veranstaltungen:

- Tanzbelustigungen (auch Maskenbälle, Kappenabende); Volksbegeisterungen (Karusselle, Schießbuden u. ähnl.); Zutritt zu Fest- oder sonstigen Vergnügungspätzen; Ausstellungen; Varieté- und Zirkusvorstellungen (Varietäten von Zauberkünstlern, Synoptisierern u. a.); Schach- und Billardwettspiele; Preiskugeln; Gabenverteilungen von Vereinen; Vorführungen beweglicher Licht- und Schattenbilder; Theatervorstellungen; Vorführungen der Tanzkunst; sonstige musikalische und gesangliche Darbietungen sowie das Halten von Automaten und Billards und der Betrieb von Regelbahnen.

b) Die Anmeldung und Entrichtung der Steuer hat vom Veranstalter zu geschehen. Als Veranstalter gelten auch Vorkaufsstellen. Neben dem Veranstalter ist auch der Inhaber der zur Veranstaltung benutzten Räume oder Grundstücke zur Anmeldung verpflichtet; bei nicht rechtzeitigem Anmelden haftet er neben ihm für die Steuer.

Alle oben unter 3 ff. a. fallenden Veranstaltungen sind bei der Steuerertragsbehörde, Rathaus Zimmer 1 schriftlich oder mündlich anzumelden und zwar spätestens 2 Tage vor der Veranstaltung.

Bemerkung: Wird ausdrücklich, daß die Gesuche um Erteilung der Erlaubnis zur Abhaltung erwählter Veranstaltungen oder zur Verlängerung der Polizeistunde trotzdem bei den Polizeibehörden (Stadtschultheißenamt bzw. Oberamt) einzureichen sind.

c) Die Steuerschuld ist innerhalb 48 Stunden nach der Veranstaltung zu entrichten. Bei Nichtzahlung der Anmeldegebühr oder zu später Zahlung kann ein Zuschlag erhoben werden. Wegen Steuererwählung oder Nachschuß sind rechtzeitig besonders begründete Gesuche einzureichen.
 Calw, den 15. Januar 1925.

Städt. Steueramt.

Reichert.

Spezialität:
 Feine Offenbacher Lederwaren!

Damentaschen
 Brietaschen
 Geldbeutel
 Akten und Musikmappen
 Zugbeutel

Empfehle meine aus allerbestem Material hergestellten

Eierteigwaren

ohne jeglichen Farbzusatz, bestehend aus:

- Hörnle,
 Hohlrudeln,
 Macaroni,
 breite Rudeln,
 Suppenrudeln,
 Sternle und Ribele.**

Qualität noch besser wie früher.
 Preis 1 Pfd. 70 Pfg.

Hermann Schnürle,
 Teigwarengeschäft.

Allen

Auslandschwaben

dient die neue Wochenausgabe des Schwäbischen Merkur für das Ausland. Wenn Sie daher einen Ihnen verwandten, befreundeten oder bekannten Landsmann im Ausland haben, dann geben Sie dessen genaue Adresse dem Schwäbischen Merkur, Stuttgart, Königstraße 20, und es geht auch an ihn der

Gruß der Heimat!



**Corsetten, Hüftengürtel,
 Reformkleider, Büstenhalter,
 Hysla-Binden, Hysla-Windein,
 Strümpfe, Socken
 Emille Herlon, Calw.**

**Zugelaufen
 schwarzbrauner
 Schäferhund**

Abzuholen innerhalb 3 Tagen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld bei
**Friedr. Dangler
 Ottenbronn.**

Meiner werten Kundschaft von Stadt und Land mache ich die Mitteilung, daß ich nunmehr
Badstraße 359
 (dem Schulhaus) wohne.
**Jakob Eberhardt
 Fellhandlung.**

Morgen Samstag
 wird auf der Freibank gebraten, fettes

Ruhfleisch
 ausgehauen,
 das Pfd. zu 50 Pfg.

Haarhangeln
 repariert
J. Obermatt, Friseur

Pfannkuch & Co

Steis frisch gerösteter

Kaffee

reinschmeckend
 1/2 Pfund

75
Phanko-Kaffee
 auserlesene Mischung
 1/2 Pfund-Paket

90
Mießmer-Kaffee
 allerfeinste auserlesene Mischung
 1/2 Pfund-Paket

1.90

Verlangen Sie die bekannten
 „Phanko“ und
 „Mießmer“-
 Packungen.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen

Neue Musikinstrumente

für Haus und Orchester von den einflussreichsten Schülern bis zu den feinsten Künstlerinstrumenten, aller Zubehöre, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt



**Musikhaus Curtz,
 Pforzheim, Leopoldstr. 17**
 Akademiesaal- und Hofbräue
 Großhandlung Einzelverkauf
 Ausführung all. Reparaturen
 und Stimmen.
 Musik aller Gattungen u. Calw.

Neuhengstett.



**Jagd-
 Verpachtung.**

Am Montag, den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr wird die hiesige

Gemeindejagd

auf dem Rathaus in Neuhengstett im öffentlichen Aufstreich auf weitere 6 Jahre verpachtet. Liebhaber sind eingeladen.
Schultheißenamt.

Freie Gyllofferinnung Calw.

Am Sonntag, den 1. Februar, präzis 3 Uhr
Verammlung
 im Bürgerstübli.

Tagesordnung:
 Freie oder Zwangsinnung,
 Verschiedenes.
 Der Vorsitzende.

Am Samstag, den 31. Januar

und
Sonntag, den 1. Februar
 halte ich

Mekelsuppe



wozu höflich einladet

Frau Bolz, zur „Krone“.

Jeder Gewerbetreibende

wende sich bei Bedarf an Drucksachen aller Art, als Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Sirkulare, Preislisten u. s. w. an die Druckerei dieses Blattes.

Blumenkohl

Samstag auf dem Wochenmarkt von 9 bis 11 Uhr schöner, frischer

zu dem billigen Preis von
3 Stück Mk. 1.—
3 Stück Mk. 1.20

zu haben. Diese Ausnahmepreise gelten nur in der oben angegebenen Zeit.

1925

**Neue
 Wandkalender**

das Stück zu 10 Pfg.
 sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes erhältlich.

1925

Forstamt Hirsau.

Reifig-Verkauf.

Am Montag, den 2. Februar 1925, nachm. 4 Uhr, im Gasthaus zum „Löwen“ in Hirsau aus Staatswald Dist. Altbürger Berg, Abt. Alzenbrunn u. Dist. Ottenbrunner Berg, Abt. Fuchsloch, Langenader, Kaiserwald, Siegmund u. Kirchenweg, auf 52 Reisoje mit 4200 gechl. Wellen.

Forstamt Calmbach.

**Laubstammholz- u.
 Nadelholzstangen
 Verkauf.**

Am Freitag, den 6. Februar 1925, vormittags 9 Uhr in Calmbach („Sonne“) Laubstammholz: aus Staatswald Eibera Abt. Sägerei, Sätkopf, Plattentisch, Steinbrunn u. Siggberg 9 Eichen mit Sm.; 0,2 IV., 1,0 V. u. 0,6 VI. Kl.; 125 Rothbuchen mit Sm.; 2 I., 3 II., 17 III., 35 IV., 17 V. und 0,2 VI. Kl.; Birken: 0,3 Sm. V. Kl. Nadelholzstangen (84 Proj. St., 16 Proj. Ta.) aus Staatswald Eibera Abt. Plattentisch, Kottannenbuch und Spitzhütte; Hengstberg Abt. Unterer Ottenbrunn; Weisener Abt. Sehlung u. Neulesch; Heimenhardt Abt. Würzbüchle und Kälbling Abt. Grünmoos, hintere Bärenhütte und Kälblingmoos. Bauft.: 69 a, 385 lb, 273 II., 83 III. Kl. Hagft.: 245 I., 367 II., 354 III.; Hopfenst.: 675 I., 476 II., 95 III., 205 IV., 125 V. Kl.; Rebst.: 300 I. Kl. Losverzeichnis durch die Forstdirektion G. f. H., Stuttgart.

Borzügliches

Lederfett

empfiehlt
Albert Wochele.

Ein ehrlicher Junge aus anständiger Familie, der das Bäckerhandwerk und Feinbäckerei erlernen will, findet gute

Lehrstelle

b. Eugen Kraft, Bäckerei,
 Pforzheim,
 Kaiser-Friedrichstr. 81.

Erstmühl.

Ein schönes 1/2 Jahre altes
Zuchtrind

verkauft
Karl Handter

Obacht Hausfrauen!
 Alte Möbel werden wie neu durch Möbelputz

Wunderschön

Otto Bincon, Colon.
 Fr. Lamparter, Colon
 Gg. Pfeiffer, Colon.

Pfannkuch & Co

Frisch eingetroffen

Fett-

Büchlinge

Pfund 45
 5 Pfund-Kiste
 M. 2.10

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen

Bad Rissingen. Vorbildlicher Vogelschub. Der Stadtrat hat im Stadtwald zur Bekämpfung der Forstschädlinge, vor allem des sogenannten Eichenwicklers, 315 Nisthöhlen für Waldbögel anbringen lassen.

Newyork. Der fünfte Gatte der Dollarmillionärin. Großes Aufsehen erregte in hiesigen Gesellschaftskreisen die Nachricht, daß die in der vornehmen Gesellschaft von Newyork und San Franzisko sehr bekannte und vielsache Dollarmillionärin Mrs. Almée Croder-Gourand, die in Kalifornien ungeheure Besitzungen ihr eigen nennt, im heurigen Sommer heimlich in Paris geheiratet hat, und zwar einen Prinzen Alexander Galshin, so daß die Tochter eines ehe-maligen eingewanderten Schlächtermäkers nunmehr eine veritable Fürstin geworden ist. Allerdings wollte Mrs. Croder ihre Ehe nicht offiziell verkünden, da sie bereits im 51. Lebensjahre steht, während ihr Gatte erst 25 Jahre zählt, allein die indistretten Grenzbeamten von Ellis Island haben diese Daten ans Licht gebracht, da der Prinz als Ausländer bei der Einreise verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Die Eheleute hatten nämlich auf dem Schiffe ganz getrennte Appartements bewohnt, um bei der Ankunft der Neugier der Hafenreporter zu entgehen, allein, da der Prinz bei der Einreise seinen großen Grundbesitz in Kalifornien als Legitimation angab und es immerhin nicht alltäglich ist, daß ein russischer Prinz Großgrundbesitzer in Amerika ist, gingen die Einwanderungsbehörden der Sache nach, und so kam die Tatsache auf, daß die nicht mehr ganz jugendliche Millionärin, die bereits einmal verwitwet und dreimal geschieden ist, nunmehr zum fünftennmal ihr Eheglück versuchen will. „Sie sieht“, versicherte übrigens der Reporter, der das neuvermählte Paar entdeckte, „nicht älter als höchstens dreißig Jahre aus. Die schlanke jugendliche Figur, der lockige Pubikopf, das Temperament ihrer Augen sowie die Lebhaftigkeit der Sprache scheinen das Alter, das der Paß angibt, unbedingt lägen zu strafen.“ Wie Mrs. Croder selbst bemerkte, verdankt sie ihr Aussehen hauptsächlich dem Tennissport, dem reichlichen Genuß von frischem Obst und der Gewohnheit, täglich mindestens zwei Stunden lang zu gehen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 26. Oktober 1925.

Fertigstellung angefangener Bahnbauten im Schwarzwald.

Der Schwarzwald hat bekanntlich drei angefangene, aber nicht fertiggestellte Eisenbahnen, für die die Reichsbahn die Gelder nicht auswerfen zu können glaubt, vor allem die den Feldberg ausschließende Linie Tübingen-Altshausen-Seebrunn. Bezüglich dieser Linie und weiter hinsichtlich der im nördlichen Schwarzwald im hinteren Renchtal von Oppenau nach Griesbach haben sich nunmehr die Verhältnisse, teilweise durch die Bewilligung von Mitteln durch den Landtag, so weit geklärt, daß mit einer Fertigstellung in absehbarer Zeit gerechnet werden kann. — Dem Ausbau fern liegt indessen noch die auf württembergischem Gebiet entgegengesetzte Linie, die noch ihrer Vervollendung harret. Der Sachlage nach wird hier mit dem Ausbau noch einige Zeit zu warten sein, weil die Interessen auf württembergischer Seite etwas abweichen.

Fremdenlegionär Kirsch.

Auf den am morgigen Abend im Saal des Bad Hofes stattfindenden Vortrag des Fremdenlegionärs Kirsch sei auch an dieser Stelle empfehlend hingewiesen. Der Vortrag trägt einen volksbildenden Charakter und berührt in unterhaltender Weise interessante Wissensgebiete.

Die Ursache bei Mißerfolgen bei der Obstkultur.

In den Kreisen der Landwirtschaft wird über ein mangelhaftes Gedeihen des Obstes im Gegensatz zu früheren Zeiten lebhaft Klage geführt. Der Grund dieser Verzögerung ist zum Teil in der Erschöpfung des Bodens zu suchen. Nicht nur bei den Weinbergen, sondern auch in manchen Obstgärten werden die zur Obstgüte erforderlichen Nährstoffe dem Boden durch ältere Baumstübe entzogen. Um nun einen größeren Ertrag zu erzielen, empfiehlt sich in solchen Fällen eine zeitweise Düngung, die häufig bei den Obstbäumen unterlassen wird.

Einheimigung und Absatz der Feldfrüchte.

Die meisten Feldfrüchte sind abgeerntet. Am wenigsten Arbeit machte die Obsternie. In den meisten Orten konnte man kaum von einem Obstverkauf sprechen, da die Bäume beinahe vollständig leer waren. Der Bezirk Calw gehört zu den Gegenden in Württemberg, die in diesem Jahr eine Fehlernte zu verzeichnen haben. Wir können uns in den letzten Jahrzehnten kein Jahr denken, in dem so wenig Obst geerntet wurde, wie heuer. Ein Obstgeschäft hat sich nicht entwickeln können, auch der Verkauf von ausländischem Obst ist nicht sehr stark, das Geld fehlt an allen Ecken, weshalb nur geringe Kauflust vorhanden ist. Die Mostereien stehen größtenteils leer, nirgends sieht man die bekannten Butten, die sonst überall im Freien aufgestellt waren, Besitzer von großen Obstgärten müssen entweder auswärtiges Obst kaufen oder den turmeligen Zübenmost machen. Vorjähriges Getränk ist wenig mehr vorhanden. Für den Landwirt bedeutet der Mangel an Obst einen großen Schaden. Die Einnahmen aus dem Obst fehlen ganz. Während in sonstigen Jahren vom August an Obst verkauft werden kann, war dies heuer nicht möglich. Der Wochenmarkt konnte mit Obst nicht besetzt werden und jeder Obstverkauf fehlte. Heuer tritt so recht die große Wichtigkeit des Obstbaues für den Landwirt zu Tage. Dem Obstbau treibenden entgegen größere und kleinere Einnahmen und an ihre Stelle treten empfindliche Auslagen. Jeder Landwirt sollte bestrebt sein, dem Obstbau die höchste Sorgfalt angedeihen zu lassen. Bei einem zeitgemäßen und fachkundigen Obstbau werden Fehljahre zu den Seltenheiten gehören. Der Obstbau wird sich im Durchschnitt immer lohnen, er wird dem Landmann bares Geld einbringen. — Die Kartoffelernte ist im allgemeinen recht gut ausgefallen. Sie hat große Erträge gezeitigt. Der Preis ist aber gegen den Anfang der Ernte zurückgegangen und der Absatz stinkt. Die ersten Verkäufe erzielten die besten Preise. Man kann beobachten, daß die Stadtbewohner mit der Eindeckung für den Winter sehr zurückhaltend sind, nicht deshalb, weil kein Bedürfnis zum Einlegen von Kartoffeln vorhanden wäre, sondern aus Geldmangel, denn viele Kreise in der Stadt sind nicht mehr in der Lage, den ganzen Kartoffelbedarf für den Winter zur Herbstzeit zu kaufen. So hat auch die gute Kartoffelernte den Landwirten nicht die erhofften Einnahmen verschafft. Der regnerische Sommer und Herbst ist dem Wachstum von Kraut und Rüben sehr förderlich gewesen. Für das Vieh ist in jeder Hinsicht gesorgt. Das Kraut ist in diesem Jahr vorzüglich gediehen, die Krautköpfe sind gut geschlossen und schwer an Gewicht.

Es ist bekannt, daß einige unserer Waldorte wie Spezhardt, Sonnenhardt, Zabelstein und Altburg ein sehr gutes Kraut erzeugen, das sich zwar nicht an Größe aber an Hartheit und Güte mit dem Filderkraut messen kann. Der Preis für das Kraut ist in diesem Jahr nicht hoch. Allgemein ist der Preis jetzt nach dem Gewicht verkauft. Bei der erzeugten Masse Kraut wird dasselbe wieder von Produzenten auf Wagen in Orte gebracht, wo der Krautbau nicht zu Hause ist. In einem Gäurort wurde gestern der Zentner Kraut um 2 Mark verkauft. Bei diesem Preis kommen die Produzenten kaum auf ihre Kosten. Der schlechte Absatz der Herbstfrüchte rührt in der Hauptsache von der Geldnot her. Die meisten Leute sind nicht mehr lauffähig, weshalb die Preise sich für manche Erzeugnisse abwärts bewegen. Daß aber der Bauer kein Geld hat, das merken auch die Geschäftsleute in der Stadt. Allgemein wird über flauen Geschäftsgang geklagt. Das hat sich auch bei dem letzten Jahrmarkt und auch bei dem Einkauf auf die Kirchweibe gezeigt. Die jungen Leute vom Lande, die sonst große Einkäufe auf die Kirchweibe machten, waren diesmal selten. In den meisten Geschäften ist der Geschäftsgang geringer als im vorigen Jahr. Überall ist es die gleiche Ursache: Der Geldmangel. Das alte Wort: „Hat der Bauer Geld, hats die ganze Welt“ hat immer noch seine Berechtigung, denn ein kaufkräftiger Bauernstand bringt einen regen Geschäftsgang in der Stadt.

Das Einheimen der noch auf dem Felde stehenden Früchte wird in Kürze beendet sein, so daß die Bestellung der Winterfrüchte ihren Fortgang nehmen kann. Es ist aber auch hohe Zeit, denn die nachfolgende Bitterung mahnt an eine baldige Einstellung der Feldarbeiten.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Der Einfluß des Tiefdrucks im Nordwesten nimmt allmählich ab, wenn er auch nicht ganz schwindet. Für Dienstag und Mittwoch ist nur zeitweise bedecktes und vorwiegend trübes Wetter zu erwarten.

Vom Landtag.

(SGB.) Stuttgart, 24. Okt. Die Erste Beratung des Baugeschäftswurfs wurde heute im Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß zu Ende geführt. Die Art. 21—26 wurden ohne Beanstandung genehmigt. Art. 27 Abs. 4 erhielt folgende Fassung: „Nach Ablauf der Frist hat der Vorsitzende des Umlegungsausschusses oder ein von diesem bestelltes Mitglied die Einprägen unter Zugiehung von Sachverständigen mit den Einprägenden zu erörtern und auf eine Einigung hinzuwirken. Auf Wunsch hat hierbei eine Besichtigung an Ort und Stelle stattzufinden und ist den Beteiligten der neue und alte Bestand der Grundstücke erkennlich zu machen. Ueber Einprägen, die nicht befreit werden können, beschließt der Umlegungsausschuß.“ Ohne Widerspruch fanden Zustimmung Art. 28 bis 33. Zu Art. 33 stellte der Berichterstatter den Zusatzantrag: „Für die Entschädigung der Mitglieder des Umlegungsausschusses gelten die Bestimmungen über die Entschädigung der Gemeinderatsmitglieder bezw. Gemeindebeamten.“ Die Art. 34 bis 36 und 38 bis 40 wurden ohne Abänderung angenommen. Die in Art. 37 festgesetzte Frist von zwei Wochen wurde auf Grund eines Antrags auf drei Wochen verlängert. Art. 39 Abs. 2 erhielt auf Antrag des Berichterstatters folgende Fassung: „Die Kosten werden, soweit die beteiligten Grundeigentümer sie zu tragen haben, unter Berücksichtigung der Verhältnisse nach Billigkeit verteilt.“ Art. 41, der die Dringlichkeit des Gesetzes ausgesprochen wollte, wurde gestrichen. In den Art. 34 bis 41 wurden jeweils die Worte „Zwangsberechtigung“ und „Grenzberichtigung“ ersetzt durch das Wort „Grenzregelung“. Die zweite Lesung des Gesetzes findet voraussichtlich Mitte nächster Woche statt. Nächste Sitzung: Dienstag vormittags halb 10 Uhr.

(SGB.) Stuttgart, 24. Okt. Wie wir erfahren, handelt es sich bei der vom Württ. Städtetag aufzunehmenden amerikanischen Anleihe um den Betrag von 8,4 Millionen Dollar. Sämtliche zuständige Stellen haben die Genehmigung zur Aufnahme der Anleihe bereits erteilt.

(SGB.) Stuttgart, 24. Okt. Eine schwere Mordtat ereignete sich am Freitag im Erdgeschoss des Hauses Mehlstraße 35. Etwa um 7 Uhr abends wurde die dort wohnende 35 Jahre alte Ehefrau Emma Schultski und ihr 1 Jahr altes Kind in der Küche durch Abschneiden des Halses ermordet. Die Tat wurde entdeckt, als der Ehemann der Ermordeten abends um 9 1/2 Uhr von seiner Arbeitstätte heimkehrte. Die Nachforschungen der an den Tatort berufenen Morgengruppe des Polizeipräsidiums führten in kurzer Zeit zur Feststellung der Persönlichkeit des Täters. Es ist der verheiratete 27 Jahre alte Mechaniker Karl Gabler, der mit einer Schwester der Ermordeten verheiratet ist. Er ist in vollem Umfang geständig.

(SGB.) Stuttgart, 24. Okt. In einer gutbesuchten Versammlung der Stuttgarter Frauengruppe der Deutschdemokratischen Partei gab der frühere Staatspräsident Dr. Hieber eine Orientierung in dem ganzen Fragenkomplex um das Reichsschulgeld. Der Redner betonte, der Reichsschulgeldentwurf gebe jeder Religionsgemeinschaft, die mehr als 40 Schüler habe, ein Recht, eine eigene Schule zu verlangen. Der Staat sei aber letzten Endes doch der Träger des Schulwesens. Durch den neuen Gesetzentwurf würde die ganze Einheit der deutschen Schule außerordentlich gefährdet. Außerdem bedeute seine Durchführung eine wesentliche Mehrbelastung. Denn trotz der Verschiedenheit der religiösen Bekenntnisse und die Einstellung zu manchen Geschichtsepochen gäbe es doch keine konfessionell verschiedenen Naturwissenschaften, Geographie usw. Die ganze Frage, so führte Hieber am Schluß aus, ist heute noch nicht reif zu einer allgemeinen Regelung, deshalb hält er auch die Absicht des Reichsinnenministers, den Entwurf des Reichsschulgesetzes zu lassieren, für richtig.

(SGB.) Oberndorf, 24. Okt. Wie der „Schwarzwälder Bote“ erfährt, ist die Leitung der Mauerwerke durch die gegenwärtige mäßige wirtschaftliche Lage gezwungen, die gegenwärtig etwa 2000 Arbeiter zählende Belegschaft zu verringern und 400 Arbeiter zu entlassen, und zwar in wöchentlichen Serien von 150 Mann ab 1. November. Am wenigsten in Mitleidenschaft gezogen, wird der Automobilbau, der im Gegenteil einen Aufschwung nimmt. Gleichzeitig wird auch 40—50 Angestellten gestündigt werden. Diese Maßnahme dürfte jeden in Mitleidenschaft gezogenen, unmittelbar vor dem wirtschaftlich sicher nicht leicht zu überstehenden Winter besonders hart treffen.

(SGB.) Neuchberg, 24. Okt. Die Familie des Wagners und Bauers Josef Kübler wurde von einem bedauerlichen Unfall betroffen. Beim Abspannen einer Kuh vom Wagen scheute diese urplötzlich und der schon ältere Mann wurde von der Kuh über einen Brunnenrost hinweg mitgerissen. Er kam derartig zu Fall, daß ihm der Fuß abgeschlagen wurde und er auch sonstige schwere Verletzungen erlitt.

(SGB.) Ravensburg, 24. Okt. Ein hiesiger Bürgersohn verlor auf einer Gadriztour beim Heilbronner Weg im September letzten Jahres seine Brieftasche mit einem Inhalt von 70

Mark und einem Paß und hatte sich schon längst über den Verlust hinweggesetzt, als er dieser Tage eine Vorladung auf das Oberamt erhielt, woselbst ihm die Briefmappe mit dem ganzen Inhalt überreicht wurde. Ein Lehrer von Wiesbaden hatte diese, etwas zernagt, beim Heilbronner Weg gefunden.

(SGB.) Vom Bodensee, 24. Okt. Die Dampferflotten der einzelnen Staaten resp. Länder hatten zur Bewältigung des diesjährigen Sommerfahrplans auf dem Bodensee nicht geringe Anforderungen zu erfüllen. Die Badische Flotte mit den Schiffen Fähringen, Stadt Konstanz, Baden und Stadt Meersburg legte in der Zeit vom 5. Juli bis 30. September 59.500 Km. zurück. Davon 35.000 Km. auf dem Ueberlinger See, den Rest auf dem Obersee, wo die badischen Schiffe täglich zwei Kurse von Konstanz nach Bregenz und zurück ausführten. Diese Leistung ist insofern noch bemerkenswert, als es sich meist um ältere Schiffe handelt. An zweiter Stelle steht Württemberg mit den Dampfern König Karl, Hohentwiel, Friedrichshafen und die Württemberg, die 52.000 Km. gefahren sind. Es folgt dann Bayern mit den Schiffen Bavaria, München und Lindau, die 35.000 Km. und Oesterreich mit der „Stadt Bregenz“ und Feldkirch 18.000 Km. zurückgelegt haben. An letzter Stelle steht die Schweiz mit 6000—8000 Km. Zusammen hat die ganze Bodensee-Flotte rund 170.000 Km. bewältigt, nicht mit inbegriffen sind die Sonderfahrten.

(SGB.) Gammertingen in Hohenzollern, 24. Okt. Die Witwe des Wagnermeisters Franz Böggel begab sich mit ihrem schweren Zugochsengespann nach Adern und ließ, während sie und ihre Kinder einen Kleeschnitt umwendeten, die Ochsen weiden. Nach kurzer Zeit fielen beide Tiere um und waren verendet. Der Frau waren am letzten Trochtfelger Markt 1150 Mark für die Stiere geboten worden. Der Unfall ist eine Warnung für andere, mit der Fütterung von Grünfütter in Herbst vorsichtig zu sein.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

1 holl. Gulden	1692,6
1 franz. Franken	174,2
1 schweiz. Franken	809,6

Die Bedenken gegen die kommunalen Auslandsanleihen.

Berlin, 24. Oktober. In Newyorker Bankierkreisen hatte bisher keine allzu starke Neigung für die Gewährung von Privatkrediten an die Wirtschaft, das heißt an Industrie und Landwirtschaft, bestanden. Vielmehr wurde den öffentlichen Anleihen, auch der Gemeinden, der Vorzug gegeben, da die Kreditwürdigkeit derartiger Anleihebesucher höher eingeschätzt wurde. Der Besuch des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Amerika wird nun mit dieser Frage in Zusammenhang gebracht und man spricht davon, daß Dr. Schacht drüben versuchen wird, einen Anschauungswandel herbeizuführen, das heißt, der deutschen Industrie die Anleiheaufnahme zu erleichtern und die amerikanischen Bankierkreise davon zu überzeugen, daß die Privatkredite der allgemeinen Volkswirtschaft dienlicher sind, als die nicht zu produktiven Zwecken verwendeten Kommunalanleihen. Man kennt ja die starken Bedenken des Reichsbankpräsidenten gegen die im allgemeinen wenig produktiven kommunalen Auslandsanleihen.

Diese Bedenken hat sich auch die beim Reichsfinanzministerium gebildete Beratungsstelle für Auslandskredite zu eigen gemacht. Die Beratungsstelle, zu deren Befugnissen die Begutachtung der Auslandskredite der Kommunen gehören, nimmt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß bisher mit ihrer Zustimmung nur die Anleihen der Städte Berlin, Köln und München in den Vereinigten Staaten zur Ausgabe gelangt sind. Die Beratungsstelle wird, wie sie mitteilt, alle Anträge auf die unbedingte Notwendigkeit und Nützlichkeit hin prüfen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß nur in ganz besonderen Ausnahmefällen die Produktivität der Kommunalanleihen nachzuweisen ist, daß aber in allen Fällen, in denen das nicht möglich ist, die Aufnahme von Auslandsanleihen deutscher Städte im Hinblick auf den Schutz der Währung zu unterlassen ist. Die im Ausland für deutsche Wirtschaft verfügbaren Gelder dürfen nicht durch Anleiheaufnahmen der Kommunen geschmälert werden zuungunsten der viel dringlicheren Auslandsanleihen von Industrie und Landwirtschaft, die in erster Linie zur Hebung des Exportes oder mittelbar zur Minderung des Importes Verwendung finden.

Auch der Reichsfinanzminister betrachtet diese Frage unter dem gleichen Gesichtspunkte. Er erklärte in einer Besprechung mit den Vorständen der Spitzenverbände der Gemeinden und Gemeindeverbände, daß er zwar nicht beabsichtigt, sich in die Zuständigkeit der Landesregierungen oder Gemeinden in unberechtigter Weise einzumischen oder auf die Gemeinden einen unzulässigen Druck auszuüben, daß er es aber für seine Pflicht halte, in offener Aussprache mit den berufenen Organisationen der Gemeinden die Ausschüßen auf steuerlichem Gebiet für die nächste und spätere Zukunft festzustellen. Er ermahnte die Gemeinden zur größten Sparsamkeit und zur möglichen Einschränkung des sachlichen und persönlichen Ausgabebedarfs, wozu eben auch die mögliche Einschränkung der Aufnahme von Auslandsanleihen durch die Kommunen gehört.

Produktionsreihe und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 24. Okt.
Erdäpfel 25—35; Tafeläpfel 15—25; Schüttel-, Fall- und Mostäpfel 7—10; Tafelbirnen 20—40; Tafeltrauben 25—35; Quitten 15—22; Walnüsse 30—40; Karoffeln 3,5—4; Erdbeeren 8—15; Wirsing (Rohkraut) 5—6; Filderkraut 2,5 bis 3; Weißkraut rund 3—4; Rotkraut 5—6; Blumentohl 2 bis 3; Rosenohl 20—30; Rotrüben 5—7; Gelbrüben 6—7; Karotten runde 8—12; Zwiebel 8—10; Reittiche 3—6; Sellerie 10—25; Tomaten 15—20; Spinat 15—20; Mangold 10 bis 15.

Vom Rundholzmarkt in Württemberg und Hohenzollern. Stand am 15. Oktober 1925: Die Nachfrage nach Nadelstammholz war bei den letzten Terminen wieder etwas lebhafter. Das Angebot aus dem Wald, das neuerdings zugenommen hat, konnte im großen und ganzen reibungslos untergebracht werden. Verschiedentlich kamen auch schon Hölzer des neuen Einschlags auf den Markt, die bei den ansässigen Sägewerken gute Aufnahme fanden. Begehrt waren besonders Masten, für die sich der Bedarf vorhanden ist. Die Preisbildung war

Insofern etwas uneinheitlich, als verschiedentlich Scheidhölzer und Resipien in ungünstiger Abfuhrlage ausgeben wurden, für die die Angebote zum Teil niedrig lagen. Die Verkaufsergebnisse für Fichten- und Tannenhölzer bewegten sich, von kleinen Abweichungen nach oben und unten abgesehen, nach den einzelnen Verkaufsgebieten in folgendem Rahmen: In Mittel-, Unter- und Norddeutschland zwischen 130 und 140 Prozent, im Schwarzwald zwischen 128 und 135, in Oberschwaben und auf der Alb zwischen 125 und 130 Prozent der Landesgrundpreise. An einzelnen bemerkenswerten Verläufen sind zu nennen: Stadt Waldinspektion Freudenstadt 1713 Fm. 128,5 Prozent, (viel Ausschuss und teilweise ungünstige Lage), württ. Forstamt Steinwald 1005 Fm. 137 Prozent, Gemeinde Hornsbach 330 Fm. 140 Prozent. Der Waldbesitzerverband erzielte bei seinen letzten Verkaufsterminen u. a. folgende Ergebnisse: Gemeinde Höfen a. Enz 280 Fm. zu 134,8 Prozent, Rentamt Alsdorf 200 Fm. zu 130,2 Prozent, Stadigemeinde Schönberg 370 Fm. zu 130 Prozent, Privatverwaltung in Freudenstadt 405 Fm. zu 120-122 Prozent (schlechte Abfuhrlage), Ventinisches Forstamt Gaildorf 109 Fm. zu 131 Prozent. In anderen Holzarten sind nennenswerte Abschlässe nicht getätigt worden.

Wirtschaftliche Rundschau.

(Zusammenfassende Uebersicht über die deutsche Wirtschaftslage.)

(Nachdruck verboten.)

Allgemeine Lage. Die auf dem deutschen Wirtschaftsleben lastende Depression dauert an. Schwankungen nach oben und unten vermögen das Gesamtbild nicht wesentlich zu ändern. Die anhaltende Geld- und Kreditnot wirkt sich weiterhin aus in hohen Bankzinsen, schleppendem Zahlungseingang, Zahlungseinstellungen, Abfahrschwierigkeiten bei Produzenten und Händlern und in mangelnder Kaufkraft bei den Konsumenten. In industriellen Kreisen rechnen führende Wirtschaftspolitiker mit einer Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage zum Frühjahr.

Geldmarkt. Der gesamte Umlauf an Zahlungsmitteln (Reichsbanknoten, Privatnoten, Rentenmark und Münzen) betrug am 31. Dezember 1924: 4,27 Milliarden Mark, am 28. Februar 1925: 4,39, am 30. April: 4,50, am 30. Juni: 4,77 und am 31. August rund 5 Milliarden Reichsmark. Das Deckungsverhältnis war bisher immer noch besser, als es das Reichsbankgesetz vorschreibt, weil der Geldbestand der Reichsbank sich erheblich vergrößert hat. — Bis Ende September wurden insgesamt 593,68 Mill. Scheidemünzen geprägt. Somit ist bis jetzt die Hälfte des im Münzgesetz auf ca. 1200 Mill. M. festgesetzten Kontingentes an Scheidemünzen hergestellt.

Börse. Das günstige Ende der Konferenz von Locarno gab der Börse wieder größere Anregung, da auch vom Auslande im ziemlichem Umfange Kaufaufträge eingegangen sind. Die Zahl der gebesserten Werte hat sich wesentlich vermehrt, wogegen Einbußen ziemlich verschwunden sind.

Handel, Gewerbe und Industrie. Die neuesten Berichte aus Handel und Industrie lauten

Wichtig. Infolge der Kapitator hat sich das Inlands-geschäft in mäßigen Grenzen. Das Auslandsgeschäft ist nach wie vor infolge der zu hohen Gestehungskosten ruhig. Die ausländische Konkurrenz macht sich immer unangenehmer bemerkbar. — Im September wurden insgesamt 1192 neue Firmen im Handelsregister eingetragen. — Von 29 Hochöfen im Siegerland sind nur acht in Tätigkeit. Von den Gruben ist bereits eine große Anzahl stillgelegt. — In der deutschen Kohleerzeugung ist im September gegenüber dem Vormonat ein Rückgang von 4,5 Prozent zu verzeichnen. — Die Deutsche Reichsbahn beabsichtigt bei der deutschen Lokomotivindustrie eine Bestellung von etwa 80-90 Lokomotiven zu machen. Der Auftrag würde der erste größere der Reichsbahn nach mehrjähriger Pause sein. — Die schwierige Lage der deutschen Automobilindustrie veranlaßt weitere Betriebseinschränkungen. — Von den bis jetzt in diesem Jahre eröffneten Konkursen entfallen rund 25 Prozent auf die Textilindustrie. — Infolge der Knappheit am Zinkmarkt und der scharfen Verringerung der Weltvorräte werden die alten Pläne zur Wiedererschließung alter und Schaffung neuer Zinkhütten auf deutschem Boden in Fachkreisen wieder lebhaft besprochen. — Die Deutschen Kabelwerke haben einen größeren englischen Auftrag erhalten. — Durch die russische Handelsvertretung sind für etwa 20 Mill. Mark Aufträge an Maschinenmaterial an Deutschland vergeben worden. — Bei der Elektrizitätsversorgung Finnlands ist eine deutsche Firma erfolgreich hervorgegangen, indem ihr die elektrischen Hochspannungseinrichtungen zur Lieferung in Auftrag gegeben wurden.

Solzmarkt. Auf dem Solzmarkt ist eine größere Nachfrage nach Rundholz festzustellen; die Lage am Aderesschnittwarenmarkt bleibt bei feststehenden Preisen un verändert matt.

Baumarkt. Im September d. J. wurden 2997 Wohnhäuser und 1235 sonstige Bauten angemeldet, gegenüber 2755 bzw. 984 im August. Im September v. J. waren es 1708 bzw. 675.

Warenmarkt. Im allgemeinen ist das Geschäft wenig lebhaft; nur auf einigen Märkten macht sich eine größere Nachfrage bemerkbar. Der Preisabbau hat sich bisher nur in ganz bescheidener Art bei einzelnen Waren ausgewirkt. — Der Zinkblechverband hat die Verkaufspreise erhöht. — Die Depression am Häute- und Fellmarkt hat sich verschärft. Die Unsicherheit am Ledermarkt ist dadurch verstärkt worden.

Landwirtschaft. Die Ernte- und Bestellungsarbeiten in der Landwirtschaft konnten in der letzten Zeit rasch vorwärts schreiten. Die Kartoffelernte kann im großen und ganzen befriedigen, einen guten Ertrag versprechen auch die Rüben. Die frühen Saaten sind im allgemeinen gut aufgegangen. Beklagt wird über das starke Auftreten von Mäusen und Schnecken.

Produktenmarkt. Auf den Getreidemärkten machte sich in Rückwirkung der ausländischen Preis-erhöhungen wieder eine festere Haltung bemerkbar. Futterartikel liegen nach wie vor ruhig. Das Angebot am Kartoffelmarkt übersteigt weiter die Nachfrage, weshalb auch die Preise gedrückt sind. Die Haltung des Hopfenmarktes ist flau.

Wienmarkt. Der Auftrieb ist wieder größer geworden. Der Handel verlief langsam; die Preise gaben für mittlere und geringe Ware meist etwas nach; für beste Qualitäten konnten sie sich im allgemeinen behaupten. Die Auslandsmärkte melden gleichfalls lauen Geschäftsgang bei teilweise weiter rückgängigen Preisen.

Arbeitsmarkt. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes nimmt langsam, aber stetig zu. In den kommenden Monaten wird man mit einem weiteren Absinken der Kurve rechnen müssen.

Ausland. Die Umstellung der österreichischen Währung schreitet rasch fort. Der Notenumlauf geht schnell zurück während die Ausgabe von Schillingnoten im gleichen Tempo zunimmt. — Die österreichische Bundesregierung hat mit dem amerikanischen Bankhaus Morgan einen Anleihevertrag über 5 Mill. Dollar unterzeichnet. — Die Krise im englischen Schiffbau hält an. — Die Preisbewegung am amerikanischen Baumwollmarkt geht weiter nach unten. — Vier amerikanische Automobilgesellschaften wollen einen Teil der amerikanischen Handelsflotte ankaufen, die für den Transport ihrer Automobile nach Europa verwendet werden soll. — Die diesjährige japanische Seidenernte übertrifft alle Erwartungen und wird als eine Rekorderte bezeichnet.

Eingefandt.

Für die unter dieser Rubrik gebachten Veröffentlichungen übernimmt die Redaktion die rechtliche Verantwortung.

Wahlrückläufe in Badenpfronn.

Aus Badenpfronn geht uns ein Schreiben folgenden Inhalts zu: Seit der Schultheisenwahl ist hier innerhalb der Einwohnerschaft immer noch nicht die Beruhigung wieder eingetreten wie man sie billigerweise verlangen könnte. Und es wäre sehr zu wünschen, daß wie ein Einsender in Nr. 233 des C. T. schreibt, endlich einmal das Del der Sättigung stehen würde. Die Gerüchte, daß man von gewisser Seite alles tue, um eine härtere Bestrafung des jungen Mannes herbeizuführen, der durch den unüberlegten Zigarren-Streich den Ortsvorsteher belästigte, wollen nicht verstummen. Demgegenüber mag nur festgestellt sein, daß diese Gerüchte sehr ungläubhaft sind. Jeder, der mit dem Vorfalle näher vertraut ist, weiß, daß dem Schuldigen, der eine gerechte Strafe verdient, auch mit anderen Umständen zuzubilligen sind. Neben der verständlichen Erregung, in der der Jugendliche gehandelt — man hatte seinen Namen in einem Wahlsflugblatt in unbegründeter und unziemlicher Weise mißbraucht — ist es noch der Umstand, daß der Schuldige beim Ortsvorsteher aus eigenem Antrieb Abbitte geleistet hat, der beim Urteil ins Gewicht fallen muß. Es ist also wohl anzunehmen, daß bei dieser Sachlage der Ortsvorsteher von sich aus für eine mildere Behandlung des Falles eintreten wird. Leider ist dieser Vorfalle nicht der einzige, welcher Meinungsverschiedenheiten und Mißbehagen hervorruft. Seit der Wahl des Ortsvorstehers sind bereits vier Beleidigungssagen angängig gemacht und vor Gericht verhandelt worden, wobei jedesmal ein anderer Gemeinderat als Belastungszeuge auftrat. Man kann über die einzelnen Fälle denken, wie man will, auf jeden Fall erregt ein solches Vorgehen Besten und den Wunsch, endlich einmal wieder Ruhe einkehren zu lassen nach den Aufregungen der Wahlzeit. Wenn es in dieser Art weitergeht, so hat das Wort von guten Freunden und getreuen Nachbarn hier bald keine Gültigkeit mehr.

Reformations-Feier
der evangelischen Jugend
in der Kirche in Calw,
Montag, 26. Okt. 1925, abends 8 Uhr.
Redner: Stadtpfarrer Lang, Pfarrverweser
Meyer-Holzbrunn.
Herzliche Einladung an Jugend und Gemeinde!
Ev. Jugendring.

Reichert
Legt Wert
auf Ihre Kundenschaft!

Manschettenknöpfe,
Cravattenhalter
und Klemmen,
Sockenhalter
Strumpfbänder,
Ärmelhalter,

Der beste Rat!
Teurer täglich wird das Leben,
Laß Dir klugen Rat drum geben:
Aus dem Kochbuch „Butter“ streich!
Und setz:
„Rahma“ Margarine „buttergleich“
Immer frisch bei:
Eugen Dreiß.

Berufskleidung.

Blaue Arbeitsanzüge	Hautstuch	M 8,70
"	Cöper	M 10,50, 11,50
"	Pilot	M 14,00
graue Drellanzüge	Cöper	M 12,00
Gipferanzüge aus roh Drell		M 11,00
	ganz schw. Cöper	M 13,50
Bildhauerkitzel lg. aus Rohstuch		M 8,80, 9,80
Lagermäntel hell und dunkel		M 7,60, 8,80
für Damen und Herren		9,00, 12,00
blaue Arbeitschürzen		M 1,80

Paul Rächle am Markt Calw.

Billiger Resteverkauf.
Die in den letzten Wochen angesammelten Reste werden in den nächsten Tagen zu außergewöhnl. billigen Preisen abgegeben
Paul Rächle, am Markt, Calw.

Liebenzell.
Im Wege der
Zwangs-
vollstreckung
versteigere ich am Donnerstags, den 29. ds. Mts., vorm. 10 Uhr auf der Mäusenbacher Sägmühle, gegen bare Bezahlung:
2 vollständige neue Betten, bestehend aus Bettlade, Sprungfedermatratze, Stiel, Wollmatratze, Decke u. Kissen, 1 steilge Matratze u. Kopfkissen, Decke und Kissen, 1 Spiegelschrank, 1 Waschkommode mit Spiegel- und Waschgarnitur, 3 Bettbezüge, 1 Tisch und 6 Stühle, sowie etwas Küchengerät.
Gerichtsvollzieher Ohngemach.

W. Forstamt Wildberg.
Sorellen-
Fischwasser-
Verpachtung.
Am Donnerstag, den 29. Oktober 1925 nachmittags 2 1/2 Uhr in Bahnhofs-Wirtschaft Teinach noch einmalige Verpachtung des Fischwassers der Teinach vom Schwinghammer'schen Wehr abwärts und des Dürrbachs auf 12 Jahre. Gesamtstrecke etwa 4 1/2 Kilometer.
Ein
Stall
kann auch als Lagerraum benützt werden, sowie
Schlafstelle
zu vermieten.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. BI.

„Concordia“
Besonderer Umstände halber
heute abend
Singstunde.
Der Vorstand.
Spezharot.
Ein jüngerer
Dienstmacht
für Landwirtschaft wird gesucht. Eintritt Weihnachten.
Näheres bei
Kups zum „Lamm“.
Ein Paar kleine

Läufer-
schweine
verkauft am Mittwoch mittag 1 Uhr.
Calmbach, Alzenberg.

Oberhaugstett.
Im Wege der
Zwangs-
vollstreckung
versteigere ich am Mittwoch, den 28. ds. Mts. nachmittags 2 Uhr gegen bare Bezahlung:
ein ca. 16 Wochen altes Läufer-schwein.
Zusammenkunft b. Rathaus Gerichtsvollzieher: Ohngemach.

Teinach.
Im Wege der
Zwangs-
vollstreckung
versteigere ich am Mittwoch, den 28. ds. Mts. vormittags 9 Uhr gegen bare Bezahlung:
ca. 3000 Stück
Betalgumm.
Zusammenkunft b. Rathaus Gerichtsvollzieher Ohngemach.

Vom 2.-4. Nov. 1925 werden wir in Stuttgart, Hotel Kronprinz, Seesäle anwesend sein um nach der Natur
künstliche Augen
für die Patienten anzufertigen und einzupassen.
F. Ad. Müller Söhne,
Wiesbaden
Anstalt für künstliche Augen
Um Verwechslungen mit ähnlichen Namen zu vermeiden bitten wir, auf Namen und Zeit genau achten zu wollen

Dr. Schleich
ist am 26., 27. und 28. Oktober verreist.

Der Winter naht!
Täglich wächst die Nahrungsteuerung Bald kommt noch dazu die Feuerung.
— Wenige nur sind heute reich —
Darum:
„Rahma“ Margarine „buttergleich“
Immer frisch bei:
Spar- u. Consumverein e. G. m. b. H.